

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juli 2005



Was des Staates ist, muss neu vermessen werden

Die Zukunft ist nicht auszurechnen. Daher sind alle guten und alle schlechten Prophezeiungen mit Skepsis aufzunehmen. Doch die Ökonomen kennen Warnlampen, und wenn sie blinken, droht Gefahr. Die öffentlichen Haushalte gehören zu diesen Frühwarnsystemen. Anhaltend wachsende Defizite – Fehlbeträge, die in Phasen konjunktureller Erholung nicht wieder durch steigende Einnahmen des Staates ausgeglichen werden –, deuten auf Fehlentwicklungen hin, die nicht mehr mit dem Auf und Ab der Konjunktur zu erklären sind. Hartnäckige und wachsende Defizite zeigen an, dass sich der Staat übernommen hat.

In einer solchen Situation befindet sich Deutschland. Das Missliche dieser Lage offenbart sich täglich: die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zeigen eine höhere Neuverschuldung, als sie nach dem europäischen Stabilitätspakt erlaubt ist; die Rentenkassen brauchen Zuschüsse; Arbeitsverwaltung und Kommunen müssen sich verschulden, um diejenigen zu unterstützen, die keine Arbeit haben; es fehlt an Mitteln für Ausbildung und Forschung; es drohen steigende Beiträge in den Sozialsystemen; statt über eine Steuersenkung für mehr Investitionen wird über eine höhere Mehrwertsteuer zum Stopfen der Löcher gesprochen.

Was tun? Das Hin- und Herschieben von Defiziten durch alle Fiskal- und Sozialbilanzen des Staates und seiner Sozialkassen hilft nicht weiter. Eine noch höhere Abgabenquote verbietet sich, wenn Deutschland in internationalen Vergleichen wirtschaftlicher Dynamik nicht noch weiter zurückfallen soll. Es muss neu darüber nachgedacht und entschieden werden, welche Aufgaben der Staat übernehmen kann und soll. Dem Staat muss gegeben werden, was seinen Aufgaben entspricht. Aber was des Staates ist und zu sein hat, muss neu vermessen werden. Das ist die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre.

Hans D. Barbier

Globalisierungsfolgen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schreibt im „Employment Outlook 2005“, die Globalisierung habe kaum Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Nur ein Bruchteil der in den dreißig OECD-Ländern verzeichneten Stellenverluste sei durch die Liberalisierung von Handel und Investitionen verursacht.

Diese Überzeugung wird von den Bundesbürgern kaum geteilt. Zwar sehen 13 Prozent der Deutschen eher Vorteile in der Globalisierung. Aber fast zwei Drittel (63 Prozent) fürchten, dass sowohl Deutschland als auch sie persönlich durch die liberalisierte Weltwirtschaft Nachteile erleiden müssen. Insgesamt wiegt die Sorge um den Arbeitsplatz schwerer als die Vorteile der internationalen Zusammenarbeit.

www.oecd.org/home; www.ipsos.de/

Vertrauensfrage

Die Feuerwehr ist Deutschlands vertrauenswürdigste Institution: 97 Prozent der Deutschen haben ein „sehr hohes“ bzw. „ziemlich hohes“ Vertrauen in Feuerwehrleute; so steht es zumindest in einer Studie. Auf den weiteren Plätzen folgen Krankenschwestern, Piloten, Apotheker und Ärzte.

Die wenigsten Befragten vertrauen Politikern. Lediglich

Vertrauen

So viel Prozent der Befragten haben Vertrauen in:

| | Deutschland | Europa |
|-------------------|-------------|--------|
| Feuerwehrleute | 97 | 95 |
| Krankenschwestern | 96 | 88 |
| Piloten | 95 | 90 |
| Apotheker | 88 | 89 |
| Ärzte | 86 | 83 |
| Landwirte | 79 | 77 |
| Taxifahrer | 65 | 53 |
| Lehrer | 60 | 76 |
| Rechtsanwälte | 57 | 45 |
| Journalisten | 40 | 36 |
| Finanzbeamte | 38 | 41 |
| Reiseveranstalter | 36 | 39 |
| Werbegestalter | 22 | 16 |
| Finanzberater | 20 | 30 |
| Autoverkäufer | 16 | 21 |
| Politiker | 6 | 9 |

Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Reader's Digest/
European Trusted Brands 2005

sechs Prozent finden sie vertrauenswürdig. Im vergangenen Jahr waren das noch acht Prozent, vor zwei Jahren sogar noch zwölf Prozent. Verfestigt sich nach der Politik- nun die Politikerverdrossenheit?

www.readers-digest.de/service_fuer_journalisten/index.php?id=etb

Hotel Mama

Immer mehr junge Erwachsene bleiben bei ihren Eltern: Vor dreißig Jahren wohnten 20 Prozent der 25-jährigen ledigen Frauen und Männer bei den Eltern, im vergangenen Jahr waren es 29 Prozent dieser Altersgruppe. Dabei können sich Söhne schwerer von zu Hause trennen: Fast die

Hälfte der 24-jährigen Männer – 47 Prozent – lebte 2004 im Haushalt der Eltern.

Töchter lösen sich leichter von Mama und Papa: Bereits mit 22 Jahren waren mehr als die Hälfte (56 Prozent) von ihnen ausgezogen. Und nur noch fünf Prozent der Frauen im Alter von 30 Jahren leben bei den Eltern, aber 14 Prozent der Söhne finden es bei Müttern weiterhin am schönsten.

www.readers-digest.de/service_fuer_journalisten/index.php?id=etb

Unternehmen als Sparkasse?

In Deutschland wird zu wenig investiert. Zwar sind die erhaltenen Gewinne von zehn Milliarden € im Jahr 2003 auf 34,7 Milliarden € im letzten Jahr gestiegen. Dennoch wurden weniger Maschinen gekauft oder Fabrikanlagen gebaut. Die Anlageinvestitionen lagen 2004 mit 208,7 Milliarden € um 400 Millionen € niedriger als im Jahr davor. Die erwirtschafteten Überschüsse verwendeten die Unternehmen lieber zum Schuldenabbau und zum Ausbau von liquiden Reserven.

Niemand kann Firmen zur Investition zwingen. Doch anstatt zu sparen, könnten die Unternehmen ihre Überschüsse in Form niedrigerer Preise an die Verbraucher weitergeben und sich damit Vorteile im Wettbewerb verschaffen. Zudem würde die reale Kaufkraft der Verbraucher steigen. Dadurch könnten wiederum Produktion und Investitionen angekurbelt werden.

www.bundesbank.de/volkswirtschaft/vo_monatsbericht.php

Verbraucher: Die ahnungslosen Herrscher

In der Marktwirtschaft – so die ökonomische Theorie – ist der Kunde König: Er bestimmt, was und wie es produziert wird. Das kann so weit gehen, dass Anbieter, die versuchen, durch Ausbeutung oder Naturzerstörung Profite zu erzielen, geächtet werden. In der Praxis fehlen Verbrauchern aber oft Informationen, um Produkte nach sozialen oder ökologischen Kriterien beurteilen zu können.

Es gibt preisgünstiges Kinderspielzeug. Vielleicht haben es Kinder in halblegalen Hinterhof-Fabriken in China oder Taiwan hergestellt. „Diese Kinder bekommen die niedrigsten Löhne. Sie haben weder Mut noch Kraft, sich dagegen zu wehren“, sagt Congguo Cai, Sprecher der Menschenrechtsorganisation China Labour Bulletin. Er meint, viele Produktionsstätten, in denen Kinder Spielzeug zusammensetzen, gleichen Gefängnissen.

In Südostasien sind Lebens- und Arbeitsbedingungen, die die meisten Westeuropäer und US-Amerikaner allenfalls aus Geschichtsbüchern kennen, weit verbreitet. Kinderarbeit ist nur eine Facette dieser traurigen Wirklichkeit. Da wird ungeschützt an gefährlichen Maschinen gearbeitet. Da gibt es brand- und einsturzgefährdete Fabriken. Mancherorts werden gesundheitsschädliche Stoffe bedenkenlos eingesetzt. Häufig werden Löhne verspätet oder gar nicht gezahlt. Hinzu kommen oft lange Arbeitszeiten, körperliche Gewalt, sofortige Kündigung, sobald Kritik am Arbeitgeber artikuliert wird.

Alles für die Industrieländer

Statistiken der International Labour Organisation (ILO) lassen erahnen, wie ein gro-

ßer Teil der 2,8 Milliarden Arbeitnehmer auf der Welt – darunter 73 Millionen Kinder unter zehn Jahren – leben müssen. Die ILO schätzt, dass jährlich 2,2 Millionen Menschen an den Folgen arbeitsbedingter Krankheiten oder bei Arbeitsunfällen sterben, die meisten in Schwellen- oder Entwicklungsländern.

Ob Näherin in Bangladesch, Industriewerker in China oder Plantagenarbeiter in Kolumbien: Sie arbeiten hauptsächlich für den Export. Jeans aus Bangladesch, Elektronikbauteile aus China oder Schnittblumen aus Kolumbien finden ihre Abnehmer in Europa und den USA.

Niedrigstlöhne, lange Arbeitszeiten, minimale Ausgaben für Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz halten die Produktionskosten gering und sorgen für günstige Preise. Unverkennbar hat die internationale Arbeitsteilung Vorteile für die Industrieländer. Sie hat aber auch Vorteile für die Produktionsländer, denn sie fördert langfristig auch den Wohlstand der Arbeiter in Schwellen- und Entwicklungsländern. Beispielsweise ist es Millionen Chinesen gelungen, sich einen bescheidenen Wohlstand zu erarbeiten, seit im Reich der Mitte eine Fabrik neben der anderen gebaut wird.

Dennoch: Die Lebensumstände vieler Arbeiter in die-

sen Ländern sind menschenunwürdig. Wie kann das verändert werden?

„Billig will ich“

Jedes Land ist für seine Umwelt- und Sozialgesetzgebung selbst verantwortlich. Fehlen Schutzgesetze oder wird die Einhaltung von Vorschriften nicht konsequent kontrolliert, lässt sich daran nur schwer etwas ändern. Auch den Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten müssen, kann man nicht vorwerfen, dass sie Lieferanten bevorzugen, die die geringsten Produktionskosten versprechen.

Doch nicht alles, was Geld spart, lässt sich moralisch verantworten. Viele Unternehmer und Manager bekennen sich zu moralischen Normen. Einige haben ihre soziale Verantwortung sogar kodifiziert. Aber an welcher Stelle in der Rangliste der Unternehmensziele rangiert die soziale Verantwortung – neudeutsch: „corporate social responsibility“?

Das ist von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich, aber für alle Unternehmen in der Marktwirtschaft gilt: Kein Produzent kann langfristig bestehen, wenn seine Produkte den Ansprüchen der Kunden nicht gerecht werden. Es wäre denkbar, dass Verbraucher Unternehmen zwingen, ihre Ge-



„Die menschliche Gesellschaft gleicht einem Gewölbe, das zusammenstürzen müsste, wenn sich nicht die einzelnen Steine gegenseitig stützen würden.“

Lucius Annaeus Seneca

schäftspraktiken zu ändern, wenn sie diese als inakzeptabel empfinden, – im äußers-ten Fall per Käuferstreik.

In der Praxis funktioniert das momentan noch nicht, denn die Verbraucher wissen zu wenig über Herstellung und Zulieferketten. Zwar mag man sich beim Schnäppchen-kauf fragen, wie es möglich ist, aufwendig verarbeitete Kleidung herzustellen, die bei niedrigem Verkaufspreis immer noch Gewinn abwirft. Aber würde ein höherer Preis bessere Arbeitsbedingungen für Näherinnen, einen umweltbewussten Umgang mit Schadstoffen oder einen ökologisch verträglichen Anbau der verwendeten Naturfasern garantieren?

Internationale Standards

Die Kunden brauchen mehr Informationen. Es ist unnötig, dass Hersteller und Einzelhändler ihre gesamte Kalkulation offen legen, aber sie können zumindest erklären, dass sie bestimmte Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Internationale Nichtregierungs-Organisationen wie die ILO, Umweltschützer und Gewerkschaften haben solche Normen entwickelt. Produzenten auf der ganzen Welt können ihre Fabriken zum Beispiel von der in New York ansässigen Non-Profit-Organisation Social Accountability International (SAI), einer Art Sozialverträglichkeits-TÜV, zertifizieren lassen. Der Anforderungskatalog – die Norm SA 8000 – beinhaltet das Verbot von Kinderarbeit (unter 15 Jahren), die Ächtung von Gewalt gegen Arbeitnehmer, die Duldung von Gewerkschaftszuge-

hörigkeit, die Gleichbehandlung von Religionen, Nationalitäten und Geschlechtern. Er verpflichtet Unternehmen, Unfall- und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz zu reduzieren und eine Regelarbeitszeit von 48 Wochenstunden nicht zu überschreiten.

Zudem sollen die Löhne ausreichen, um Arbeitern und ihren Familien einen Mindest-Lebensstandard – Nahrung, sauberes Wasser, Wohnung, Schulbildung für die Kinder – zu garantieren. Die Einhaltung dieser Standards wird von lokalen Organisationen überprüft.

Ähnliche Programme existieren auch im Umweltbereich. Die International Standardization Organisation (ISO) hat einheitliche Richtlinien zur kontinuierlichen Verringerung des Schadstoffausstoßes von Produktionsanlagen erarbeitet, beispielsweise die Norm ISO 14001.

Bescheidene Anfänge

Markenhersteller machen von solchen Zertifizierungsangeboten zunehmend Gebrauch. Sie fürchten Imageschäden, wenn sie mit Umweltverschmutzung oder Ausbeutung in Verbindung gebracht werden. So erging es Sportartikel-Konzernen wie Adidas, Nike oder Puma, als bekannt wurde, dass Bälle für die Fußball-WM 2002 für wenige Cent von Kindern in Pakistan zusammengenäht worden waren. Adidas und Puma lassen die Fabriken seither von externen Gutachtern inspizieren. Nike hat kürzlich sogar eine Liste aller Lieferanten veröffentlicht, um für mehr Transparenz zu sorgen.

Dennoch reichen die aufgelegten Programme nicht:

■ Für Unternehmen, die No-Name-Produkte vertreiben, und nicht um das Image von Marken fürchten müssen, sind Umwelt- und Sozialzertifizierung noch längst keine Selbstverständlichkeit.

■ Wenn Zuliefer-Betriebe Subunternehmer oder Heimarbeiter beschäftigen, ist es oft schwierig, den Produktionsprozess detailliert zu verfolgen und zu kontrollieren.

■ In Ländern, in denen politische Unterdrückung und Korruption üblich sind, trauen sich Beschäftigte oft nicht, Gewerkschaften, Umweltorganisationen oder Medien auf Missstände in ihren Betrieben hinzuweisen.

■ Schließlich haben auch die Verbraucher in der Vergangenheit nur in Einzelfällen ihre Einkaufsgewohnheiten geändert – oft nur dann, wenn schwerwiegende Verfehlungen von Unternehmen bekannt wurden.

Das könnte künftig anders werden. Die Beschäftigten

hierzulande fürchten angesichts ausländischer Niedriglohnkonkurrenz um ihre Arbeitsplätze. Sie achten stärker als bisher darauf, was hinter Stichworten wie „Globalisierung“, „Sozialdumping“ und „Billigimporten“ steckt.

Die Stiftung Warentest hat im vergangenen Jahr angefangen, Produkte nicht nur auf ihre Zuverlässigkeit, sondern auch mit Blick auf die sozialen und ökologischen Herstellungsbedingungen zu untersuchen. Diese Entwicklung ist viel versprechend, denn den Empfehlungen der renommierten Stiftung schenken Konsumenten große Beachtung, wie zahlreiche Umfragen belegen. Wenn ein Kunde dank verlässlicher Prüfsiegel beurteilen kann, ob er mit seiner Kaufentscheidung wirtschaftliche Entwicklung oder Umweltzerstörung und Ausbeutung im Herstellerland fördert, kann er auch seine soziale Verantwortung in der Marktwirtschaft wahrnehmen.

Preiskalkulation

Preiszusammensetzung für einen Sportschuh (Verkaufspreis: 100 €)

| Herstellung | |
|-----------------------------|---------|
| Materialkosten | 8,50 € |
| Lohnkosten | 0,50 € |
| sonstige Produktionskosten | 1,50 € |
| Gewinn Hersteller | 3,00 € |
| Transport | |
| | 5,00 € |
| Vermarktung | |
| Produkt- und Marktforschung | 11,00 € |
| Markenwerbung | 8,00 € |
| Werbung Einzelhändler | 2,50 € |
| Kosten Einzelhandel | 18,00 € |
| Zinsen, Dividenden | 12,00 € |
| Gewinn Markeninhaber | 13,00 € |
| Steuern und Abgaben | 17,00 € |

Quelle: www.cleanclothes.org/campaign/shoe.htm



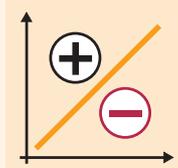
„Es gibt kein Land, das so viel Geld gegen die Arbeitslosigkeit einsetzt wie wir. Und keins ist so erfolglos.“

Wolfgang Clement, Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft

IM KLARTEXT

Juli 2005

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juli 2005

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die Finanzplanung 2005 für den Arbeitsmarkt musste Anfang Juni massiv nachgebessert werden. Für Ich-AGs, Überbrückungsgeld und Arbeitslosengeld II fehlen mindestens 9,15 Milliarden €.

Im Haushaltsplan der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren für die Finanzierung der Ich-AGs in diesem Jahr 700 Millionen € vorgesehen. Ende Mai waren aber bereits 592 Millionen € ausgegeben. Deshalb mussten zusätzliche 750 Millionen € beantragt werden. Auch die Ausgaben für das Überbrückungsgeld fallen höher aus als geplant. Zu den vorgesehenen 1,65 Milliarden € werden weitere 400 Millionen €

benötigt. Das sind beinahe vernachlässigbare Beträge im Vergleich zu den acht Milliarden €, die bis zum Jahresende voraussichtlich beim Arbeitslosengeld II fehlen. Ursprünglich waren 14,6 Milliarden € eingeplant. Ende Juni waren aber bereits 10,2 Milliarden € ausgegeben.

In allen drei Fällen lag die Finanzplanung falsch, weil die Zahl der Antragsteller für die jeweiligen Unterstützungen unterschätzt wurde. Trotz der gewaltigen finanziellen Anstrengungen bleibt die Arbeitslosigkeit mit 4,7 Millionen Arbeitslosen im Juni weiter in Reichweite der Fünf-Millionen-Grenze.

Geldwertstabilität



Der jüngste Monatsbericht der Deutschen Bundesbank weist das gesamte Geldvermögen der privaten Haushalte Ende 2004 mit rund vier Billionen € aus. Im Durchschnitt hatte jeder Haushalt ein Geldvermögen von 104 000 € angespart. Nach Abzug der Schulden bleiben davon 64 000 € übrig. Einschließlich der Sachwerte konnten die Haushalte im ver-

Geldvermögen

Durchschnitt pro Haushalt in €

| | Vermögen | Schulden |
|------|----------|----------|
| 1991 | 57 300 | 23 400 |
| 1993 | 66 900 | 27 000 |
| 1995 | 73 100 | 31 000 |
| 1997 | 82 900 | 34 500 |
| 1999 | 94 700 | 38 700 |
| 2001 | 96 390 | 39 800 |
| 2003 | 100 500 | 40 100 |
| 2004 | 104 000 | 40 000 |

Quelle: Deutsche Bundesbank

gangenen Jahr durchschnittlich 185 000 € als Guthaben verbuchen.

Laut Bundesbank hat das durchschnittliche (Netto-)Vermögen in den letzten 15 Jahren um gut 40 Prozent zugenommen. Unter Berücksichtigung des allgemeinen Preisanstiegs reduzierte sich der Zuwachs im Gesamtzeitraum allerdings auf 20 Prozent.

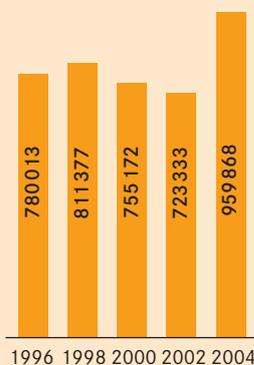
Eigenverantwortung



Die Gründungsbilanz für das 1. Halbjahr 2005 zählt rund 464 000 Neugründungen. Das entspricht in etwa dem Vorjahresstand: 2004 wurden insgesamt knapp 960 000 Gewerbebeanmeldungen gezählt.

Aber auch die Zahl der Abmeldungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 25,4 Prozent gestiegen. Außerdem erfolgten schätzungsweise 370 000 Neugründungen im vergangenen Jahr mit Hilfe des Staates: Ich-AGs und Überbrückungsgeld haben die Gründungsentscheidungen stark beeinflusst. Allerdings ist jede Form der Selbständigkeit der Arbeitslosigkeit vorzuziehen, und der seit 1998 anhaltende Trend zu abnehmenden Gewerbebeanmeldungen hat sich umgekehrt.

Gewerbebeanmeldungen



Quelle: Statistisches Bundesamt

BA-Haushalt

in Millionen €

| | Einnahmen | Ausgaben |
|-------|-----------|----------|
| 1997 | 47,63 | 52,52 |
| 1999 | 47,95 | 51,69 |
| 2001 | 50,68 | 52,61 |
| 2003 | 50,63 | 56,85 |
| 2005* | 53,96 | 57,96 |

* Soll

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture alliance / akg-images
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard